

Atomwaffenfreie Zonen [Karte](#)

Atomwaffenfreie Zonen entstehen durch völkerrechtlich verbindliche Verträge zwischen Staaten, die damit einen Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt verbinden. Im Gegenzug erhalten die 189 Mitgliedsstaaten über den [Atomwaffensperrvertrag \(NVV\)](#) von den Atommächten die Option zur so genannten zivilen Nutzung von Atomenergie.

[Atomwaffenfreie Zonen](#) sind gesetzlich daran gebunden, alle nuklearen Materialien und Anlagen der [Internationalen Atomaufsichtsorganisation \(IAEO\)](#) offen zu legen und von dieser überwachen zu lassen.

Erstmalig tauchte der Begriff „atomwaffenfreie Zone“ in den 1950er Jahren auf, zu Beginn des [Kalten Krieges](#), als das atomare [Wettrüsten](#) zwischen Ost und West begann und auch in der Bundesrepublik Deutschland über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr nachgedacht wurde. Die [Friedensbewegung](#) forderte eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Nachdem jedoch Briten, US-Amerikaner und Franzosen Atomwaffen in Europa stationiert hatten, schien dieser Kampf verloren. Der Begriff lebte in der BRD Anfang der 1980er Jahre wieder auf, als die Friedensbewegung sich gegen die so genannte [Nachrüstung](#) im Rahmen des [NATO-Doppelbeschlusses](#) wandte. Schulen, Kommunen u.ä. beispielsweise erklärten sich zu atomwaffenfreien Zonen, um damit ihre Ablehnung gegen Atomwaffen kund zu tun. Da diese jedoch keine juristische Kompetenz hinsichtlich der Verteidigung haben, galt diese Stellungnahme als unwirksam. Auch das Gebiet der ehemaligen DDR wurde im [Zwei-Plus-Vier-Vertrag](#) zur atomwaffenfreien Zone erklärt. Völkerrechtlich bindende Verträge über atomwaffenfreie Zonen entstanden auch in anderen Teilen der Welt. Bei den Verträgen über das Verbot von Atomwaffen im [Weltraum](#) (1967), in der [Antarktis](#) (1962), im und auf dem [Meeresboden](#) (1972) und auf dem Mond (1979) handelt es sich um unbewohnte Regionen. Sechs Verträge über atomwaffenfreie Zonen in bewohnten Regionen wurden unterzeichnet, die durch Zusatzprotokolle auch die Atommächte in einen völkerrechtlichen Verpflichtungsrahmen einbinden:

1. Karibik und Lateinamerika - [Vertrag von Tlatelolco](#)

Der Vertrag von Tlatelolco verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz, sowie die Herstellung von Atomwaffen in der Karibik und Lateinamerika. Er wurde 1967 in Tlatelolco, einem Stadtteil von Mexiko-Stadt, unterzeichnet und trat 1969 in Kraft. Er war der erste Vertrag, der einen bewohnten Landstrich zur atomwaffenfreien Zone erklärte.

Der Vertrag wurde inzwischen von allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik ratifiziert, zuletzt von Kuba 2002. Ursprung dieses Vertrages war die [Kuba-Krise](#), d.h. die 1962 geplante Stationierung sowjetischer Atomraketen auf der den USA vorgelagerten Insel Kuba. Dadurch wäre beinahe ein Atomkrieg der großen Atommächte USA und UdSSR in der Region ausgelöst worden, welcher die umliegenden Länder der Karibik und Lateinamerikas mitbetroffen hätte.

2. Südpazifik - [Vertrag von Rarotonga](#)

Der internationale Vertrag von Rarotonga (engl.: *South Pacific Nuclear Free Zone Treaty*; SPNFZ) verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz, sowie die Herstellung von Atomwaffen im Südpazifik. Außerdem untersagt er das Lagern von atomaren Abfällen in den Gewässern der Region. Er wurde 1985 von acht der damals fünfzehn Mitgliedstaaten des damaligen South Pacific Forum (heute: [Pacific Islands Forum](#)) auf Rarotonga unterzeichnet. Hintergrund dieses Vertrages waren die Atombombentests der führenden Atommächte im Pazifik, an deren Folgen die Bevölkerung heute noch leidet. In einer eigenen Zeremonie in Suva (Fiji) unterzeichneten die USA, Frankreich und Großbritannien im März 1996 die Zusatzprotokolle des Vertrages von Rarotonga angesichts der internationalen Proteste gegen Frankreichs Atomtests im Pazifik. Die beiden zuletzt genannten Staaten ratifizierten die Protokolle aber erst später; Frankreich beispielsweise erst im September 1996 nach Abschluss

seiner Atomwaffentests in der Region, England 1997. 1995 hatten die Atomwaffenstaaten versprochen, für immer auf Atomtests zu verzichten. Der 1996 abgeschlossene vollständige Atomteststopp-Vertrag (CTBT) kann jedoch erst völkerrechtswirksam werden, wenn ihn die USA sowie weitere atomwaffenfähige Staaten ratifizieren – was bis heute nicht geschehen ist.

3. Südostasien - [Vertrag von Bangkok](#)

Im Vertrag von Bangkok (engl.: Treaty on the Southeast Asia Nuclear-Weapon-Free Zone) verpflichteten sich 1995 die sieben ASEAN-Staaten (Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam), sowie Laos, Kambodscha und Myanmar, keine Atomwaffen gegeneinander einzusetzen oder sich mit deren Einsatz zu bedrohen. Dieser Südostasien-Vertrag gilt als „Zone für Frieden, Freiheit und Neutralität“ und hat seine Wurzeln in den Kriegen innerhalb dieser Region zur Zeit des Kalten Krieges, denen viele Millionen Zivilisten zum Opfer fielen. Allein in Vietnam waren es mehr als 2 Millionen Menschen. Die geheimen CIA- Kriege gegen die Dritte Welt, bzw. gegen die weitere Ausbreitung der „roten Gefahr“ in Südostasien, betrafen u.a. auch Laos, Kambodscha, Thailand und Osttimor. Es hätte hier jederzeit zu einem regionalen Atomwaffeneinsatz durch die Atommächte USA und Sowjetunion kommen können - die Möglichkeit wurde von den Regierungschefs erwogen. Ein solcher Einsatz hätte zu einem globalen Atomkrieg führen können.

4. Nord- und Südkorea ([Verhandlungen auf Eis](#))

Nord- und Südkorea vereinbarten bereits im Jahre 1992 eine Deklaration über die Denuklearisierung ihrer Länder. Die KDVR (Demokratische Volksrepublik Nordkorea) erklärte ihre Bereitschaft, das Atomwaffenprogramm aufzugeben und in den Atomwaffensperrvertrag zurückzukehren, wenn die USA auf die Stationierung von Atomwaffen in Südkorea verzichten und eine Nichtangriffserklärung abgeben. Dieser Vertrag wurde zwar 2003 ratifiziert liegt aber wegen Unstimmigkeiten zwischen den USA und Nordkorea auf Eis.

5. Afrika - [Vertrag von Pelindaba](#)

Der internationale Vertrag von Pelindaba (benannt nach dem nahe Pretoria, Südafrika, gelegenen Kernforschungszentrum) verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz, sowie die Herstellung von Atomwaffen in Afrika. Er wurde 1964 offiziell von der [Organisation für Afrikanische Einheit](#) als Reaktion auf die [französischen oberirdischen Atomtests](#) in der Sahara von Algerien gefordert, aber erst 1996 von den ersten Staaten in Pelindaba unterzeichnet und trat 2009 in Kraft. Allerdings sind noch nicht alle Zusatzprotokolle ratifiziert. So verlangt z.B. Russland, dass die Insel [Diego Garcia](#), die zu Afrika gehört, aber unter britischer administrativer Obhut bereits 1966 den USA zum Aufbau einer Militärbasis übergeben wurde, miteinbezogen wird. Diese wurde inzwischen zu einem mächtigen amerikanischen Stützpunkt für die Kriegsflotte und Luftwaffe ausgebaut und ist mit einer unbekanntem Anzahl von Atomwaffen bestückt. Die USA und Großbritannien ziehen einfach auf der Landkarte eine gepunktete Linie rund um die Insel, als ob sie nicht zum afrikanischen Kontinent gehöre.

6. Zentralasien - [Vertrag von Semei](#)

Der internationale Vertrag von Semei verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz, sowie die Herstellung von Atomwaffen in Zentralasien. Er wurde 2006 von Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan im kasachischen Semei (früher Semipalatinsk) unterzeichnet und trat 2009 in Kraft. Auf dem Territorium dieser fünf ehemaligen Sowjetrepubliken befanden sich zu Zeiten der Sowjetunion mehr als 2100 Atomwaffen, die inzwischen auf russisches Gebiet abgezogen wurden. Gerade wegen der von den Atommächten neuerdings verfolgten Doktrin präventiver Kriege beharrten die Regionalstaaten auf dem Zustandekommen des Vertrages, denn sie sehen darin eine Sicherheitschance: Wenn das eigene Territorium frei von Atomwaffen ist, so das Kalkül,

bietet es auch kein lohnenswertes Ziel für einen nuklearen Angriff. Die USA mussten 2005 ihre Militärbasis in Usbekistan räumen. Die zentralasiatischen Länder geben deutliche Signale an die USA und Russland gegen mögliche Stationierungsabsichten in ihren Ländern. Sie versuchen durch Zusatzprotokolle die Atommächte in einen völkerrechtlichen Verpflichtungsrahmen zu binden. Außerdem bewahrt die atomwaffenfreie Zone die beteiligten Staaten davor, in einen regionalen Rüstungswettlauf hineingezogen zu werden, denn mit China, Indien und Pakistan verfügen drei weitere rivalisierende Nachbarn über Atomwaffen. Der Vertrag wurde in der kasachischen Stadt Semey (das ehemalige Atomwaffentestgelände ist unter dem alten russischen Namen *Semipalatinsk* bekannt) unterzeichnet und erinnert an die [Atomwaffentests](#) der Sowjetunion dort. Hier erkrankten und starben immer noch Menschen an den Spätfolgen der sowjetischen Atomtests, was aktuell die Regierung nicht daran hindert, international [Atom Müll](#) aufzukaufen und über den Atomwaffensperrvertrag Atomkraftwerke bauen zu wollen. Auch ist Kasachstan heute weltweit zweitgrößter [Uranexporteur](#).

Die Mongolei hat sich 1992 zur „Einstaaten-Atomwaffenfreien-Zone“ erklärt.

Im Mai 2010 wurde erstmalig im Abschlussdokument der NVV-Konferenz eine für 2012 geplante Konferenz für eine [atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten](#) benannt.

Text: Marion Küpker

Viele Informationen sind im Internet einem Beitrag von Wolfgang Kötter und der AG Friedensforschung, Peter Strutynski entnommen.

Weitere Quellen:

Weltkarte der atomwaffenfreien Zonen

www.nuclearweaponsfreezones.org/

Konzept und Geschichte kernwaffenfreier Zonen von Wolfgang Kötter

www.ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen/koetter.html

Atomwaffenfreie Zonen

www.atomwaffena-z.info/atomwaffen-heute/die-atomwaffenfreie-welt/atomwaffenfreie-zonen/index.html

Atomwaffensperrvertrag

<http://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffensperrvertrag>

www.atomwaffena-z.info/atomwaffen-heute/ruestungskontrolle/atomwaffensperrvertrag

Kritik an der IAEO und IAEO allgemein

<http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/iaeo.html>

www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,378583,00.html

http://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_Atomenergie-Organisation

Video (10 Minuten) *Mit offenen Karten* von ARTE über die Geschichte der Insel Diego Garcia

www.youtube.com/watch?v=FeD5FTYW_KI

Ägyptens Regierung verstärkt Offensive für Verbot von Kernwaffen im Nahen Osten. Israel soll Sperrvertrag beitreten von Fareed Mahdy, Istanbul (IPS)

www.ag-friedensforschung.de/regionen/Aegypten/a-waffenfrei.html